

Handbremse lösen

Gastkommentar zum Wachstumsmotor Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen als Ganzes ist zweifellos eine treibende Kraft für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. 245 Milliarden Euro wurden im Jahr 2006 in Deutschland für die Gesundheit insgesamt ausgegeben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren das 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit sind die Gesundheitsausgaben stärker als das Bruttoinlandsprodukt gewachsen. Sie haben inzwischen einen Anteil von 10,6 Prozent an der inländischen wirtschaftlichen Gesamtleistung. Für das vergangene Jahr liegen noch keine Zahlen vor. Es kann aber vermutet werden, dass die Gesundheitsausgaben auch 2007 wieder über dem Durchschnitt gewachsen sind.

Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat die gesetzliche Krankenversicherung. Deren Ausgaben lagen im Jahr 2006 bei 139,8 Milliarden Euro. Das waren 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr. In diesem Trend bewegen sich auch die Ausgaben für die ambulante Versorgung in den Praxen und den Apotheken, die mit 118,6 Milliarden Euro fast die Hälfte der gesamten Gesundheitsausgaben ausmachen. Zum Teil überdurchschnittliche Wachstumsraten bei den Gesundheitsausgaben verzeichneten die privaten Haushalte und die private Krankenversicherung.

Ist damit für das Gesundheitswesen alles zum Besten bestellt? Keineswegs. Die Zahlen, die das Statistische Bundesamt vorgelegt hat, sagen nichts über die latent bestehenden Finanzierungsprobleme vor allem in der gesetzlichen Krankenversicherung. Angesichts der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts auf der einen Seite und einer schwindenden Finanzgrundlage als Folge von Globalisierung und Veränderungen in der Arbeitswelt andererseits, tut sich in den kommenden Jahrzehnten eine immer größer werdende Finanzierungslücke auf. Denn der Anteil der arbeitenden Bevölkerung, die im jetzigen System die Beitragslast zu tragen hat, wird weiter sinken. Zahlreiche Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre haben insbesondere durch Kostendämpfungsmaßnahmen versucht, die Entwicklung zu steuern. Das Problem, Lohnkosten und Gesundheitsausgaben voneinander abzukoppeln, wurde



Foto: privat

Jürgen Stoschek ist freiberuflicher Journalist im Gesundheitswesen und berichtet als Korrespondent für die „Ärzte Zeitung“.

dabei jedoch nicht gelöst. Nach wie vor ist die Ausgabenentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung eng mit der Einkommensentwicklung aus Beschäftigung verbunden. Dass dies zu durchaus absurden Situationen führt, zeigen nicht zuletzt die jüngsten Tarifabschlüsse im Krankenhaus, die von der Politik in Vorwahl-

kampfezeiten beschlossen und von den Krankenhäusern unter einem rigiden Budgetdeckel umgesetzt werden müssen.

Ein erster Schritt zur Entkoppelung von Gesundheitsausgaben und Lohnnebenkosten könnte der Gesundheitsfonds sein, der künftig auch mit Steuermitteln gespeist werden soll. Bis zu 14 Milliarden Euro sollen aufsteigend in den nächsten Jahren aus der Staatskasse in die gesetzliche Krankenversicherung fließen. Die spannende Frage wird dabei jedoch sein, ob die Gelder auch dann pünktlich und zuverlässig überwiesen werden, wenn die Steuereinnahmen nicht mehr so sprudeln wie derzeit. Zweifel sind angebracht.

Auch deshalb wird der Gesundheitsfonds nicht das letzte Wort sein. Ähnlich wie in der Altersvorsorge wird es auch in der Krankenversicherung eine dritte Säule der Finanzierung geben müssen, die auf dem Prinzip der Kapitaldeckung beruht. Gefördert mit jenen Steuergeldern, die in den Gesundheitsfonds fließen sollen, könnten individuelle Gesundheits Sparkonten im Eigentum des Einzelnen angelegt werden, die dem staatlichen Zugriff entzogen sind. Auf dieser Grundlage könnte sich das Gesundheitswesen dann sogar zu einem echten Wachstumsmotor entwickeln. Denn derzeit fährt das System noch mit angezogener Handbremse.

Jürgen Stoschek

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.